



Dr. Edgar Franke

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

10. Februar
2023

10. Februar 2023

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

- **Gedenken an Anschlag in Hanau**
- **Neues aus dem Bundestag**
- **Gesundheitstour**
- **Aus Wahlkreis und Heimatregion**
- **Bilder der Woche**

Gedenken an Anschlag in Hanau

Der rassistisch motivierte Anschlag in Hanau am 19.02.2020 hat unsere Gesellschaft tief ins Mark getroffen. Drei Jahre ist es bald her, seitdem neun junge Menschen aus rassistischen und menschenverachtenden Motiven ermordet wurden. Ihre Namen dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Am Abend des 19. Februar 2020 erschoss der 43-jährige Tobias R. an mehreren Tatorten in Hanau innerhalb von sechs Minuten neun Frauen und Männer. Die SPD-Landesgruppe Hessen erinnert an die Namen:

Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov.

Edgar Franke, bis 2022 Beauftragter der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen



von terroristischen Straftaten im Inland (vorn im Bild): „Wir müssen weiter klare Haltung zeigen und unsere Stimme gegen Hass und Rassismus ohne Unterlass erheben. Ich danke unserer Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die den Kampf gegen den Rechtsextremismus als „ihr besonderes Anliegen“ bezeichnet hat und entsprechend handelt.“

SPD-Landesgruppe

15 Bundestagsabgeordnete aus allen Regionen Hessens bilden den Zusammenschluss der SPD-Landesgruppe Hessen. Aus ihrer Mitte haben sie den nordhessischen Abgeordneten Timon Gremmels (im Bild vorne rechts) zu ihrem Sprecher gewählt.



Neues aus dem Bundestag

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages erhoben sich zu Beginn der Sitzungswoche im Plenum für eine **Schweigeminute für die Opfer des schweren Erdbebens** in der Türkei und Syrien. Inzwischen mehr als 20.000 Tote – das lässt niemanden und auch nicht uns Volksvertreter ungerührt.

Bundeskanzler Olaf Scholz gab danach eine Regierungserklärung ab. Scholz ging zunächst auf den **Ukraine-Krieg** ein: "Es ist an Russland, diesen Krieg zu beenden", betonte er. Der Kanzler hält weiterhin an seinem Kurs fest. Er werde weiterhin zunächst vertraulich beraten und dann erst Beschlüsse verkünden. So wie er es mit US-Präsident Joe Biden zum Beispiel mit Blick auf die Entscheidung getan habe, der Ukraine Kampfpanzer zu liefern. Er versprach weiterhin Umsicht und Nervenstärke. Kritik äußert er an einem Überbietungswettbewerb und markigen öffentlichen Statements über Waffenlieferungen.

Scholz will an der militärischen Unterstützung der Ukraine nicht rütteln. Auch die wirtschaftlichen Sanktionen werde die EU noch einmal verschärfen. Nicht die Nato führe Krieg gegen Russland, sondern Russland habe die Ukraine überfallen, betont er. Und: Es sei an Russland, diesen Krieg zu beenden. Je eher, desto besser.

**DAS
DEUTSCHLAND-
TICKET KOMMT
ZUM 1. MAI!**

SPD Fraktion im
Bundestag

Ab Mai gibt es das günstige Deutschlandticket für den öffentlichen Nahverkehr

Nachdem sich Bund und Länder auf die wichtigsten Details geeinigt haben, haben wir diese Woche im Deutschen Bundestag das Gesetz zur Finanzierung des Vorhabens auf den Weg gebracht. Damit kann die bundesweite ÖPNV- und Regio-Flat am 1. Mai für 49 Euro im Monat starten. Der Bund stellt dafür 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Das Deutschlandticket ist ein wichtiger Erfolg von uns Sozialdemokraten. Mit dem Ticket wird Mobilität nachhaltiger und für viele Menschen bezahlbarer. Es ist eine wichtige Entlastung für viele Pendler und ein wegweisender Baustein für die Mobilitätswende.



Neustart für eine fortschrittliche Migrations- und Integrationspolitik

In der Bundestagsdebatte zum EU-Gipfel, der auch den Schwerpunkt der Migrationspolitik hat, erläuterte Bundeskanzler Olaf Scholz drei Forderungen:

- Es muss Klarheit herrschen, wer nach Europa kommt und warum.
- Die Europäische Union braucht bessere gemeinsame Grenzpatrouillen.
- Wer hier kein Bleiberecht hat, der muss Deutschland auch wieder verlassen.

Die Ampelkoalition will insgesamt für eine geregelte Einwanderung sorgen, von der alle etwas haben. Der Mangel an Arbeitskräften ist die Wachstumsbremse Nr.1, deshalb werden bessere Regeln für die Einwanderung von Fachkräften gebraucht. Mit einer aktiven und ordnenden Politik soll die Migration vorausschauend und realistisch gestaltet und die Integration gestärkt werden.

In den nächsten Monaten werden die entscheidenden Weichen für einen solchen Neustart gestellt. Vom Chancenaufenthaltsrecht über die erleichterte Arbeitskräftemigration, die Familienzusammenführung und die Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten bis zur doppelten Staatsbürgerschaft.

Künftig mehr Tempo bei Genehmigungsverfahren

Der Deutsche Bundestag beschließt Gesetzentwurf zu Beschleunigung verwaltungsgerichtlicher Verfahren im Infrastrukturbereich. Ziel des Gesetzes ist, die Verfahrensdauer für diese Vorhaben mit einer hohen wirtschaftlichen oder infrastrukturellen Bedeutung weiter zu reduzieren, ohne hierbei die Effektivität des Rechtsschutzes zu beeinträchtigen.

Die Beschleunigung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren ist sowohl wegen der angestrebten Energiewende mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, einschließlich des erforderlichen Ausbaus der Stromnetze, als auch im Hinblick auf den erforderlichen Ausbau und die erforderliche Erneuerung der verkehrlichen Infrastruktur dringlich.

Sie ist erforderlich, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung innerhalb der dafür verbleibenden Zeit zu erreichen. Die schnelle Umstellung auf nachhaltige Energieversorgung und eine Anpassung der Infrastruktur ist unerlässlich.

Wirtschaftsminister Robert Habeck und Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt stellten sich der Befragung im Bundestag

Eine Premiere: Erstmals müssen sich im Bundestag zwei Minister gleichzeitig den Abgeordneten stellen. Die Ampel hatte zum Beginn des Jahres die Geschäftsordnung des Bundestages geändert, um der **Regierungsbefragung** mehr Lebendigkeit einzuhauchen. Das neue Format startete in dieser Plenarwoche mit dem Wirtschaftsminister und dem Kanzleramtschef. Die anwesenden Regierungsmitglieder erhalten auf Verlangen zudem für max. 8 Minuten das Wort zu einleitenden Ausführungen zu Themen von besonderem Interesse.

Mit den Änderungen der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages wird auch die Dauer der Regierungsbefragung auf 90 Minuten verlängert. Bisher dauerte sie 60 Minuten.

Gleichzeitig wird die anschließende **Fragestunde des Bundestages** auf 45 Minuten verkürzt. Sie dauerte bisher 90 Minuten.

Nach wie vor darf jeder Abgeordnete hier in einer Sitzungswoche bis zu 2 Fragen an die Bundesregierung richten, die dann im Plenum mündlich von einem Staatssekretär beantwortet werden (im Bild stellt sich Dr. Edgar Franke für den Bundesgesundheitsminister den Fragen der Abgeordneten).

Die Fragen dürfen allerdings nur dann beantwortet werden, wenn der Fragesteller anwesend ist. Bisher konnte der Fragesteller vorab um eine schriftliche Beantwortung bitten. Diese Bitten sind nur noch wegen der Teilnahme an der Sitzung eines Ausschusses zulässig.



Gesundheitstour

Krankenhaustour geht weiter

Im Rahmen seiner Krankenhaustour wirbt Edgar Franke für die Krankenhausreform und die Sicherung der Gesundheitsversorgung gerade im ländlichen Raum.

Zunächst hatte er die **Lahn-Dill-Kliniken mit der Kollegin Dagmar Schmidt**, MdB, besucht. Das Gespräch mit der Geschäftsleitung der Lahn-Dill-Kliniken sowie dem Aufsichtsratsvorsitzenden und Landrat Wolfgang Schuster sowie dem Gesundheitsdezernent Stephan Aurand zeigte die aktuellen Probleme der Krankenhausversorgung auf.

Es folgte der **Besuch des Gesundheitszentrums Odenwald mit dem Kreiskrankenhaus Erbach** gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Rüdiger Holschuh. Ein Schwerpunkt des Gespräches hier: Die Situation der Beschäftigten im Gesundheitsdienst.



Im neuen Jahr dann der **Besuch des Städtischen Krankenhauses Maria-Hilf in Brilon**.

Hier gab es Gespräche mit Geschäftsführer René Thiemann (rechts neben Franke) und Vertretern aus den umliegenden Krankenhäusern im Hochsauerlandkreis gemeinsam mit

seinem Kollegen Dirk Wiese, MdB (2. von links), und Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Christof Bartsch (ganz rechts).

Krankenhausreform

Mit der Krankenhausreform soll dafür gesorgt werden, dass eine gute flächendeckende gesundheitliche Versorgung gerade auch für den ländlichen Bereich gewährleistet wird.

Wir müssen unser Gesundheitssystem zukunfts- und krisenfest machen. Besonders herausfordernd dabei ist, Strukturreformen durchzuführen, die sowohl die Versorgungsqualität verbessern als auch gleichzeitig ausufernde Kosten eindämmen.

Es ist deshalb richtig, dass Bundesgesundheitsminister Lauterbach eine unabhängige Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung eingesetzt hat. Die Kommission zeigt aktuell auf, wie wir die Versorgung im stationären Bereich patientenorientiert und effektiv weiterentwickeln können.



Bild: Vertreter der Krankenhäuser im Hochsauerlandkreis.

Wir wollen eine Krankenversorgung schaffen, die künftig weniger nach wirtschaftlichen als nach medizinischen Gesichtspunkten handelt. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen und nicht das Geld das an ihm verdient wird. Für Franke ist die bestmögliche Versorgung von allen – unabhängig vom Geldbeutel, Wohnort und Alter – der rote Faden sozialdemokratischer Gesundheitspolitik.

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Ringvorlesung an der Uni Kassel: Transformation der Gesundheitspolitik – Medizinischer Fortschritt durch Rückzug aus der Fläche?



Ziel aktueller gesundheitspolitischer Debatten ist, mit neuen oder aber veränderten Regeln Verbesserungen für das Gesundheitssystem zu erreichen.

Grundsätzlich muss es allen Menschen möglich sein, angemessene Gesundheitsversorgung im Bedarfsfall in Anspruch zu nehmen, unabhängig von ihrem Wohnort, ihrem sozialen Status oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit.

Ambulante und stationäre Versorgung müssen stärker gemeinsam geplant werden. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung im ambulanten ebenso wie im stationären medizinischen Bereich hat die Sicherung der flächendeckenden medizinischen Versorgung, ausgerichtet am Bedarf vor Ort, zum Ziel.

„Uns fehlen vor allen Dingen Fachkräfte, zum Beispiel in der Pflege und, uns fehlt der ärztliche Nachwuchs“, betonte Franke die besondere Problematik. Deshalb sei es wichtig, dass die veränderten Rahmenbedingungen durch Strukturreformen in den Griff zu bekommen seien. Dabei mache der rasante technische Fortschritt eine neue Art von flächendeckender Versorgung möglich. Sie kann patientenorientierter und effizienter sein.

Die Digitalisierung und kluge Ansätze wie MVZs und niedrigschwellige Angebote, wie Gesundheitskioske seien mächtige Werkzeuge, um aus weniger Ressourcen eine bessere Versorgungsqualität zu machen. Denn bei gezieltem Ressourceneinsatz würde die Gesundheitsversorgung in der Fläche zwar anders, aber nicht unbedingt schlechter.

Der Hausarzt sitzt dann zwar nicht immer mehr im gleichen Ort, ist aber dank Telemedizin nur noch wenige Klicks entfernt. Auch digitale Gesundheitsanwendungen schlagen Brücken zwischen Patienten und Gesundheitslandschaft.

Edgar Franke, der auch eine Professur an der Hochschule der Gesetzlichen Unfallversicherung inne hat, nahm die gestellte Eingangsfrage dann auf: „Rückzug aus der Fläche? Wir unterstützen nach wie vor die bedarfsnotwendigen Krankenhäuser pro Jahr mit zusätzlich 800.000 Euro pro Jahr – und jetzt dazu noch zusätzlich die Geburtshilfe und die Pädiatrie; das muss ich ausdrücklich sagen.“

Aber für die Transformation im Gesundheitswesen sei entscheidend: „Wir müssen arbeitsteiliger und effizienter in den jeweiligen Gesundheitsregionen arbeiten! Nicht jedes Krankenhaus muss alles machen!“, so Franke abschließend.

Bild: Mit Prof. Dr. Tanja Klenk (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg) und Prof. Dr. Wolfgang Schroeder (Uni Kassel) im Rahmen der Ringvorlesung Transformationen und das Stadt-Land-Verhältnis (in Nordhessen).



Vortrag und Diskussion: Einsamkeit und Einsamkeitsschäden in der Gesellschaft

Einsamkeit macht krank: Sowohl die Gesellschaft als auch die Politik haben viel zu lang unterschätzt, welche physischen als auch psychischen Schäden Einsamkeit bei einzelnen Menschen hervorrufen kann.

Das Bundesgesundheitsministerium befasse sich nicht erst seit Corona oder dem Beginn des Ukraine-Krieges mit diesem wichtigen Thema, sagte Edgar Franke zu Beginn seines Vortrages. Und Einsamkeit sei nicht nur ein Phänomen bei älteren Menschen, sondern betreffe nahezu alle Altersgruppen.

Franke verwies auf Großbritannien und Japan, die das Thema bereits explizit in die Aufgaben eines Ministeriums integriert hätten. Unter anderem, um Betroffene nicht weiter zu stigmatisieren. Der Mensch sei nun mal ein soziales Wesen, deshalb mache Einsamkeit auf Dauer krank, lautete seine Überzeugung.

Schon vor Corona hätte sich die Gesellschaft verändert, meinte er. So gäbe es beispielsweise immer mehr Singlehaushalte in den Städten und auch durch die Sozialen Medien würde die Kommunikation beeinflusst – aus seiner Sicht nicht immer zum Besseren. In der Pandemie hätten Schulschließungen, Lockdowns, fehlendes Vereinsleben und andere Kontaktbeschränkungen die Situation für alle Altersgruppen noch verschärft, so das Fazit des Gesundheitspolitikers.

„Erfolgsenerlebnisse in der Gemeinschaft stärken das Wir-Gefühl“, betonte der ehemalige Beauftragte für Terroropfer. Die Attentäter von Halle und Hanau hätten keine sozialen Kontakte gehabt, mahnte er im Rückblick, „daher ist es wichtig, dass unterschiedliche Gruppen und Initiativen vielfältige Angebote machen“, sagte er am Ende seines Vortrags. Als Beispiele führte er Mehrgenerationenhäuser als Großprojekte und sogenannte Gesundheitskioske als niedrigschwellige Angebote auf.

Edgar Franke: „Deshalb sind wir alle aufgefordert, Einsamkeit als gesellschaftlichen Problem anzupacken – das Bundesfamilienministerium muss ressortübergreifend weitergehende Strategien gegen Einsamkeit entwerfen. Das Bundesministerium für Bauen muss neue Wohnformen im Rahmen der Quartiersentwicklung fördern und die Kommunen müssen dies z.B. mit dem Bau von Mehrgenerationenhäusern und vor allem vielen zusätzlichen Teilhabeangeboten, von angebotenen Reisen über Gesprächskreise, bis hin zu Männerkochclubs oder sonstigen Begegnungsmöglichkeiten, auch umsetzen.“



Volles Haus bei den Bezirkslandfrauen des Altkreises Melsungen zum Thema „Einsamkeit“. Auf dem Bild von links: Heike Hentschel (Geschäftsführerin der Bezirkslandfrauen Melsungen und Vorsitzende Landfrauen Mörshausen), Rosemarie Ranft (Vorsitzende der Bezirkslandfrauen Melsungen), Edgar Franke, Margret Körber (Beisitzerin im Vorstand der Bezirkslandfrauen Melsungen) und Ortsbeiratsvorsitzende Annelie Deist (SPD).

Bilder der Woche

Besonderer Gastredner beim Mittagstisch der Seeheimer:

Bundesfinanzminister Christian Lindner.

Gemeinsam mit ihm möchten wir den kommenden Bundeshaushalt in den Blick nehmen und diskutieren, wie wir unsere Zusammenarbeit als Koalition noch weiter



verbessern und uns inhaltlich annähern können, um gemeinsame Projekte und Koalitionsvorhaben auch in diesem Jahr erfolgreich umzusetzen.

Wiedersehen im Bundestag. Treffen von zwei Nordhessen in Berlin: Dirk-Ulrich Mende (SPD) ist neues Mitglied im Gesundheitsausschuss. Er kommt aus einer alten politischen nordhessischen Familie, sein Vater August-Wilhelm war in den 60 und 70er Jahren Bürgermeister in Bebra, später bis zu seinem Tod MdL und ein alter politischer Freund meines Vaters. Sein Bruder Gerd-Uwe ist OB in Wiesbaden.

Dirk-Ulrich war von 2009 bis 2017 Oberbürgermeister der Stadt Celle und vorher auch in Kassel politisch aktiv, u.a. Mitglied des Magistrats der Stadt Kassel. Seit 2023 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages.



Nancy Faeser nominiert

„Herzlichen Glückwunsch zur Nominierung, liebe **Nancy Faeser**“, wünschte Edgar Franke beim Hessengipfel der SPD in Friedewald.

Sie kandidiert als erste Hessische Ministerpräsidentin. Die Landesvorsitzende und Bundesinnenministerin wurde von Präsidium, Vorstand und Parteirat der hessischen Sozialdemokraten ins Rennen

für die Landtagswahl am 8. Oktober geschickt. Der Parteivorstand nominierte die 52-Jährige im osthessischen Friedewald zum Auftakt des Hessengipfels einstimmig.

Ortstermin Verkehrswende. Edgar Franke bei der Veranstaltung des NVV (Nordhessischer Verkehrsverbund) in Morschen im Kloster Haydau. **Steffen Müller**, Geschäftsführer des NVV, hat die politischen Vertreter des Schwalm-Eder-Kreises eingeladen, über die Chancen für Bus und Bahn im ländlichen Raum zu sprechen.

Im Bild von links: Landrat Winfried Becker, Dr. Edgar Franke, Dr. Philipp Rottwilm (Bürgermeister, SPD-Kreisvorsitzender, Kreistagsmitglied), Bernd Heßler, Frank Börner und Mario Gerhold (alle Mitglieder des Kreistages) diskutierten die künftigen Mobilitätsoptionen im öffentlichen Nahverkehr.



Beim **Weltcup-Skispringen des Internationalen Skiverbandes (FIS) in Willingen**. Im Bild mit Andreas Schaake, stellvertretender Kreisvorsitzender Waldeck/Frankenberg und Fraktionsvorsitzender der SPD Fraktion Edertal.

Das von dem SC Willingen veranstaltete Weltcupspringen ist nur möglich, weil sich ganz viele

Menschen in der Region ehrenamtlich engagieren und damit die Organisation gewährleisten können. Die größte Sprungschanze der Welt ist aber das ganze Jahr einen Besuch wert. Eine



Standseilbahn vom Auslauf bis zum Schanzentisch und der atemberaubende Aussicht vom 25 Meter hohen Schanzenturm mit dem „Adlerhorst“ ist wirklich ein besonderes Erlebnis.

Nun kann auch die neue Trainingsschanze gebaut werden, denn Bundesinnenministerin Nancy Faeser hatte im November des letzten Jahres die zuvor



erfolgte Entscheidung des Bundesinnenministeriums revidiert und entschieden, dass Willingen Bundesstützpunkt Ski Nordisch bleibt. Damit können die benötigten Fördergelder nun doch fließen.



hohe symbolische Bedeutung hat. Es steht als Zeichen für Hoffnung und dass sich immer mehr Menschen an die Seite der Kinder- und Jugendhospizarbeit und damit der betroffenen Familie stellen.

In der nächsten Ausgabe am 03. März 2023 stellen wir die Kandidaten der Landtagswahlkreise 6, 7 und 8 zur Landtagswahl 2023 in Hessen vor.

50.000 Kinder und Jugendliche leben mit einer schweren Erkrankung an der sie frühzeitig versterben werden. Der Kinderhospizverein ist seit 30 Jahren für sie und ihre Familien da. 2006 hat der Verein den „**Tag der Kinderhospizarbeit**“ ins Leben gerufen. Er macht jeweils am 10. Februar auf die Situation dieser jungen Menschen und ihren Familien aufmerksam. Als Initiator dieses Gedenktages hat der Deutsche Kinderhospizverein e.V. eigens dafür ein GRÜNES BAND entworfen, was inzwischen im gesamten Bundesgebiet eine



Gut zu tun: Der Melsunger Neujahrsempfang war nicht der erste im Jahr 2023 für (von links) Landrat Winfried Becker, den Parlamentarischen Staatssekretär Edgar Franke und den Kreistagschef Michael Kreutzmann, für den es schon der siebte Empfang war.

IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Seite 3 Sharepic der SPD Bundestagsfraktion, Seite 5 Image by [Alexandra Koch](#) from Pixabay, Seite 6 und 7 Edgar Franke, Seite 8, 9 und 10 Michael Höhmann, Seite 11 oben Onno Wulf und unten Edgar Franke, Seite 12 oben Edgar Franke und unten NNV: <https://app.guestoo.de/public/event/3f53fa85-7673-4bde-91c8-65e18e894239/gallery>, Seite 13 Edgar Franke, Seite 14 oben Edgar Franke und unten HNA Ausgabe Melsungen vom 01.02.2023.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.